

Billag registriert mehr Verdachtsfälle

Gebühren Seit 2012 ist die Zahl jener, die von der Gebührenerhebungsstelle Billag verdächtigt werden, gegen die Meldepflicht verstossen zu haben, stetig gestiegen. 2017 gab es 2247 Anzeigen. Häufig wurden Hinweise ignoriert, sowohl Fernseher als auch Radioapparat anzumelden. Der Anteil der Anzeigen im Verhältnis zu den angemeldeten Haushalten und Betrieben liege allerdings «sehr tief», bestätigte Billag-Sprecher Dominik Müller einen Artikel der «Sonntagszeitung». Was die Zahl der Mahnungen und Betreibungen betreffe, so sei die Zahlungsmoral im Zeitraum 2012 bis 2017 «gleichbleibend gut». Die Mahnquote liege bei 10 Prozent. Damit sei sie vergleichbar, wenn nicht sogar tiefer als die Mahnquote bei Krankenkassen.

Vergangenes Jahr leitete die Billag in 61 000 Fällen eine Betreibung ein, weil auch die Mahnung nicht zum Ziel führte. Dies entsprach einer Gesamtsumme von 24 Millionen Franken. Sollte die Stimmbevölkerung am 4. März Ja zur No-Billag-Initiative sagen, entfallen die Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen ab dem Jahr 2019. Allerdings werde die Billag die offenen Forderungen aus dem alten System auch nach dem 1. Januar 2019 eintreiben, teilte das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) auf Anfrage mit.

Die SRG dürfte die No-Billag-Abstimmung gemäss den neuesten Umfragen überstehen. Wie die «Sonntagszeitung» schreibt, verlangten nun aber auch SRG-Freunde aus allen Parteien einen Abbau bei der gebührenfinanzierten Medienanstalt. «Es braucht eine Debatte über den Service public, die Grösse und die inhaltliche Ausrichtung der SRG», wird beispielsweise CVP-Präsident Gerhard Pfister zitiert. Auch die FDP, die Grünliberalen und sogar Teile der SP wollen eine kleinere SRG. Für FDP-Präsidentin Petra Gössi steht schon jetzt fest, dass die Abgabe, die ab nächstem Jahr noch 365 Franken pro Haushalt beträgt, «gesenkt werden muss». (sda/red)

Was die Zuwanderung anheizt

Europapolitik Die Personenfreizügigkeit habe gar keinen grossen Effekt auf die Zuwanderung, sagt ein Experte. Viel entscheidender sei die Konjunktur.

Maja Briner

SVP und Auns haben letzte Woche ihre «Begrenzungs-Initiative» lanciert. Das Ziel: Die Kündigung der Personenfreizügigkeit, um die Zuwanderung aus der EU zu dämpfen. Diese ist zuletzt indes deutlich zurückgegangen. Grund dafür sei die Konjunktur, heisst es beim Bund: Während in der Schweiz der starke Franken nach wie vor seine Spuren hinterlässt, ging es in den Nachbarstaaten wirtschaftlich bergauf.

Experten beobachten diesen Zusammenhang schon lange. «Die Zuwanderung war immer sehr stark von der Konjunktur abhängig», sagt Arbeitsmarktökonom George Sheldon. Die Personenfreizügigkeit mit der EU, die ab 2002 schrittweise eingeführt wurde, hatte gemäss seinen Untersuchungen hingegen keinen grossen Einfluss auf die Zuwanderung. «Der starke Anstieg hat Mitte der 1990er-Jahre eingesetzt – also noch unter dem alten Kontingentsystem», sagt Sheldon. Die Wirtschaft befand sich damals im Aufschwung und brauchte mehr Arbeitnehmer.

Einwanderer bleiben länger

Zahlen des Bundes zeigen indes, dass die Zuwanderung ab 2007 deutlich stieg. Ab dann galt die vollständige Personenfreizügigkeit, gleichzeitig heizte die Finanzkrise die Zuwanderung an. Innert eines Jahres kletterte die Zahl der Zuwanderer damals von rund 100 000 auf 140 000. Diese Statistik bezieht sich aber nur auf die ständige Wohnbevölkerung. Das verzerrt das Bild, sagt Sheldon: Er hat bei seiner Untersuchung auch jene Ausländer berücksichtigt, die weniger als ein Jahr im Land sind. Gemäss seinen Berechnungen für 1991 bis 2012 war die Zuwanderung 2002 am höchsten – also vor Einführung der Personenfreizügigkeit.

Es gibt jedoch einen Unterschied: «In den 1990er-Jahren war die Zuwanderung stark, aber

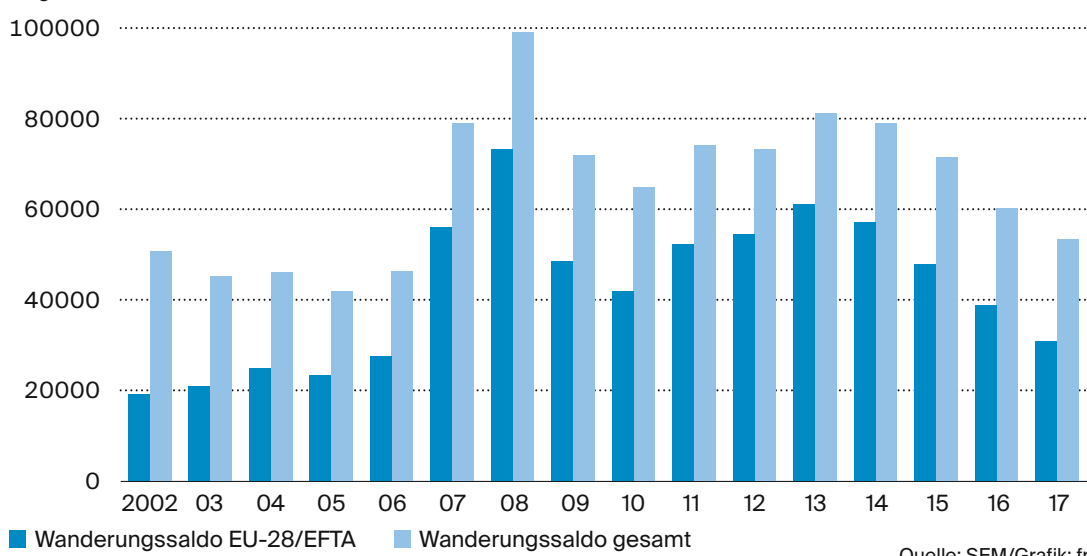


47 Prozent der Einwanderer kommen wegen der Arbeit ins Land.

Bild: Ennio Leanza/Keystone

So viele wanderten unter dem Strich ein (ständige ausländische Wohnbevölkerung)

Angabe in Personen



«Trump als Gast zu beherbergen, macht uns stolz»

Weltwirtschaftsforum Der Davoser Landammann Tarzisius Caviezel ist eigentlicher Gastgeber des WEF. Als solcher ist er stolz darauf, dass er sowohl den amerikanischen als auch den chinesischen Präsidenten zu den Gästen zählen darf.

Tarzisius Caviezel, was alles fällt beim WEF denn in die Zuständigkeit des Landammanns und der Gemeinde Davos?

Das ist nur eine einzige, aber gleichzeitig die schönste Sache: Die Gemeinde Davos ist Gastgeberin. Und als Landammann darf ich derjenige sein, der dieser Gastgeberfunktion Ausdruck gibt. Darüber hinaus haben wir mit der Organisation des WEF nichts zu tun. Wir haben selbstverständlich die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, und wir sind besorgt dafür, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Darum kümmern wir uns natürlich.

Sind Sie während des WEF denn noch Herr im Haus?

Wenn Sie das Gemeindehaus meinen, ist Folgendes zu sagen: Wir haben im Rathaus einen sehr

schönen alten Saal, die Grosse Stube. In ihr tagte früher das Parlament. Diese Stube stammt aus dem Jahr 1564 und hat wunderschöne Intarsien und Glasmalereien. Wir stellten sie in den letzten Jahren immer dem Bundespräsidenten, aber auch den übrigen Bundesräten zur Verfügung, damit sie ihre Gäste und Gesprächspartner in einem würdigen Rahmen empfangen konnten. Trotzdem bin ich natürlich noch Herr im Gemeindehaus. Was aber Davos insgesamt betrifft, ist dies schon schwieriger angesichts all der Persönlichkeiten, die jeweils anwesend sind.

Macht der Landammann auch Networking am WEF?

Er macht es in jenem Mass, das ihm zusteht. Aus meiner Zeit als Nationalrat kenne ich das politische Personal und jenes aus der

Verwaltung. Diese Kontakte pflege ich. Es ist im Leben ja immer ein Geben und Nehmen. Man profitiert in diesen Tagen von uns – etwa bei der Zurverfügungstellung der erwähnten Stube. Wenn andererseits einmal die Gemeinde Davos etwas braucht, erlaube ich mir dann auch, auf unkomplizierte Art und Weise auf diese Leute zuzugehen.

In diesem Jahr kommt der amerikanische Präsident. Macht das auch stolz? Trump kommt nach Davos; Bern lässt er links liegen.

Natürlich macht uns das stolz. Wir waren es schon im letzten Jahr, als der chinesische Präsident kam. Welche Schweizer Gemeinde hat schon die Chance, einen chinesischen und einen amerikanischen Präsidenten für ein, zwei Tage zu beherbergen?!

Nun entscheidet ja das WEF, wer eingeladen wird – und Davos, Graubünden, die Schweiz tragen die Konsequenzen. Würden Sie sich mehr Mitsprache wünschen?

Nein, das WEF ist ein Kongress und da haben wir wie bei allen übrigen Kongressen kein Anrecht, auf die Teilnehmerliste Einfluss zu nehmen. Aber in Be-



Tarzisius Caviezel Landammann von Davos. Bild: PD

zug auf die Sicherheitskosten haben wir durchaus Mitspracherecht, dort existiert ein klarer Verteilungsschlüssel. Im Übrigen sehen auch wir die Vorteile, die zum Beispiel die Schweiz aus diesen Jahrestreffen zieht. Bundesrat Schneider-Ammann sagte mir einmal, wenn er all die einzelnen Minister aufsuchen müsste, die er hier treffen kann, wäre er drei Monate unterwegs – wenn es ihm denn gelänge, sie zu treffen.

Davos macht etliche Millionen Umsatz mit dem WEF. Da hat man am Ort selber wohl keine Gegner des Anlasses?

Es sind etwa 60 Millionen Franken an Wertschöpfung in der Schweiz durch das WEF, der grösste Teil davon in Davos. Die Bevölkerung steht dem WEF tatsächlich mehrheitlich positiv gegenüber. Aber es gibt natürlich

die Rückwanderung auch», sagt er. Ab 2002 habe sich dies geändert. Wegen der Personenfreizügigkeit können Zuwanderer länger bleiben – und das tun sie auch.

Dämpfer für Konjunktur und Zuwanderung

Sheldon sagt, eine Kündigung der Personenfreizügigkeit würde die Zuwanderung vorübergehend bremsen – jedoch nicht wegen des Kontingentsystems. Dieses dürfte auch künftig auf die Wirtschaft ausgerichtet und entsprechend grosszügig bemessen sein. Wegen des Wegfalls der Bilateralen I nach der Kündigung dürfte sich aber die Konjunktur abkühlen, was die Zuwanderung dämpfen würde. Allerdings zöge eine schlechter laufende Wirtschaft negative Folgen nach sich, etwa mehr Arbeitslose. «Es ist nicht besonders intelligent, das zu riskieren für ein Phänomen, das so gar nicht stattfindet», sagt er.

SVP-Nationalrat Thomas Matter widerspricht. «Wer zur Stosszeit Auto oder Zug fährt, der weiss, wie hoch die Zuwanderung ist.» Experten, die anderes behaupteten, «leben auf einem anderen Planeten». Matter stört vor allem, dass nur rund die Hälfte der Einwanderer der Arbeit wegen kommen. Tatsächlich war dies 2017 mit 47 Prozent der wichtigste Einwanderungsgrund. An zweiter Stelle: der Familiennachzug mit 31 Prozent. «Es sollen so viele Einwanderer kommen, wie die Privatwirtschaft braucht», sagt Matter. SVP und Auns fordern daher die Rückkehr zu Kontingenten.

Auch bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens könnte die Schweiz die Zuwanderung indes nur bedingt steuern – zumindest mittelfristig. Das sagt Migrationsrecht-Experte Alberto Achermann. Denn laut Artikel 23 des Abkommens würde ein Ausländer, der in der Schweiz lebt, sein Aufenthaltsrecht nicht verlieren. Und: «Auch der Familiennachzug wäre sehr wahrscheinlich möglich», sagt Achermann.

Fast schon ein Politikum ist ja jeweils die Preisexplosion. Selbst ein Bett im Massenzimmer kostet das Zehnfache. Ein Ärgernis auch für Sie?

Ja, das ist ein Ärgernis, unbestritten. Allerdings muss man sagen, dass es eine relativ kleine Zahl von Betrieben und Privaten ist, die hier Grenzen überschreitet. Der allergrösste Teil der Betriebe arbeitet seriös und professionell. Als Gemeinde haben wir da leider keine Eingriffsmöglichkeiten; wir müssen es hinnehmen, dass es diese Ausreisser gibt.

Interview: Richard Clavadetscher